

DATENSCHUTZERKLÄRUNG

Stand: 07/2026

A. Verantwortlicher und allgemeine Hinweise

I. Verantwortlicher

Verantwortlicher im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (nachfolgend: „DSGVO“) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) ist:

Rechtsanwalt Johann Stojisavlević, Wördenmoorweg 96, 22415 Hamburg; E-Mail: info@st-legal.de; Website: www.st-legal.de

(nachfolgend: „Kanzlei“ oder „Verantwortlicher“)

II. Datenschutzbeauftragter

Die Kanzlei hat einen internen Datenschutzbeauftragten bestellt. Dieser ist erreichbar unter: Rechtsanwalt Johann Stojisavlević, Wördenmoorweg 96, 22415 Hamburg. Datenschutzrechtliche Anfragen können jederzeit an den Datenschutzbeauftragten gerichtet werden."

III. Gegenstand und Anwendungsbereich dieser Datenschutzerklärung

Diese Datenschutzerklärung informiert über Art, Umfang und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Kanzlei. Sie gilt für sämtliche Verarbeitungsvorgänge, die im Zusammenhang stehen mit dem Betrieb der Website www.st-legal.de einschließlich aller Unterseiten und technischen Funktionen, dem Betrieb des Dateiuploadbereichs für die Einreichung von Unterlagen, der Durchführung der kostenlosen anwaltlichen Ersteinschätzung, dem Abschluss und der vollständigen Abwicklung von Mandatsverhältnissen, der Durchführung von Deckungsanfragen bei Rechtsschutzversicherungen, der außergerichtlichen und gerichtlichen Anspruchsdurchsetzung, der gesamten internen und externen Kommunikation der Kanzlei sowie sämtlichen weiteren Datenverarbeitungsvorgängen, die der Kanzleitätigkeit zuzuordnen sind.

Die Kanzlei ist eine vollständig digital arbeitende Rechtsanwaltskanzlei mit Tätigkeitsschwerpunkt im Mietrecht, insbesondere bei der Durchsetzung von Ansprüchen aus der Mietpreisbremse gemäß §§ 556d ff. BGB. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben setzt die Kanzlei moderne digitale Technologien ein, darunter Systeme zur Dokumentenanalyse, zur optischen Zeichenerkennung (OCR), zur automatisierten Dokumentenverarbeitung sowie Systeme, die Methoden der künstlichen Intelligenz (KI) anwenden. Der Einsatz dieser Systeme erfolgt stets im Rahmen der datenschutzrechtlichen und berufsrechtlichen Anforderungen.

B. Grundprinzipien der Datenverarbeitung

I. Allgemeine Grundsätze

Die Kanzlei verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Einklang mit den Grundsätzen des Art. 5 DSGVO. Daten werden rechtmäßig, nach Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet. Sie werden für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben und nicht in einer mit diesen Zwecken unvereinbaren Weise weiterverarbeitet. Die Kanzlei erhebt und verarbeitet nur solche Daten, die für den jeweiligen Verarbeitungszweck erforderlich und angemessen sind. Die Kanzlei trifft alle zumutbaren Maßnahmen, um die Richtigkeit gespeicherter Daten sicherzustellen und unrichtige Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen. Personenbezogene Daten werden nicht länger gespeichert, als es für die Zwecke ihrer Verarbeitung erforderlich ist. Die Kanzlei gewährleistet durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen eine angemessene

Sicherheit der personenbezogenen Daten einschließlich des Schutzes vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, Vernichtung oder Schädigung.

II. Anwaltliche Verschwiegenheit und berufsrechtlicher Rahmen

Die Kanzlei unterliegt als Rechtsanwaltskanzlei der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht nach § 43a Abs. 2 BRAO sowie dem strafbewehrten Geheimnisschutz nach § 203 StGB. Diese Pflichten gelten für alle in der Kanzlei tätigen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie für sämtliche angestellten, freien und sonst für die Kanzlei tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die anwaltliche Verschwiegenheit umfasst alle Informationen, die der Kanzlei im Rahmen einer Mandatsbeziehung oder im Zusammenhang mit anwaltlicher Tätigkeit bekannt werden. Sie besteht grundsätzlich unbegrenzt fort, auch nach Beendigung des Mandatsverhältnisses.

Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht und das Datenschutzrecht ergänzen einander. Die Kanzlei stellt sicher, dass sämtliche datenschutzrechtlichen Maßnahmen zugleich die berufsrechtlichen Anforderungen an die Verschwiegenheit wahren und dass diese Anforderungen als Mindeststandard in sämtliche vertraglichen, technischen und organisatorischen Schutzmaßnahmen integriert sind.

Die Kanzlei setzt externe Dienstleister ein, soweit dies zur Erfüllung der kanzleiinternen Abläufe technisch notwendig ist. Dienstleister, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Zugang zu mandatsbezogenen Daten erlangen können, werden ausnahmslos als berufsmäßige Gehilfen im Sinne des § 203 Abs. 3 S. 2 StGB oder als befugte Dritte gemäß § 203 Abs. 3 S. 1 StGB qualifiziert und eingesetzt. Mit diesen Dienstleistern schließt die Kanzlei, soweit sie als Auftragsverarbeiter im Sinne des Art. 4 Nr. 8 DSGVO tätig werden, Verträge zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO ab. Diese Verträge verpflichten die Dienstleister ausdrücklich zu dem Maß an Vertraulichkeit und Geheimhaltung, das den berufsrechtlichen Anforderungen entspricht, und untersagen die Verwendung mandatsbezogener Daten für eigene Zwecke. Der Einsatz von Unterauftragnehmern durch Auftragsverarbeiter ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Kanzlei zulässig; Unterauftragnehmer werden durch den jeweiligen Hauptauftragnehmer auf Verschwiegenheit und Datenschutz verpflichtet.

Die digitale Aktenführung erfolgt auf gesicherten, verschlüsselten Systemen. Der Zugriff auf Mandatsdaten ist strikt auf die im Rahmen des jeweiligen Mandats tätigen Personen beschränkt.

C. Verarbeitungsvorgänge im Einzelnen

I. Aufruf der Website und Serverlogs

1. Beschreibung

Beim Aufruf der Website überträgt der Browser des Nutzers automatisch Informationen an den Webserver, auf dem die Website gehostet wird. Diese Informationen werden in sogenannten Server-Logfiles erfasst. Im Einzelnen werden dabei regelmäßig folgende Daten verarbeitet: IP-Adresse (in vollständiger oder gekürzter Form), Datum und Uhrzeit des Zugriffs, aufgerufene URL, übermittelte Datenmenge, HTTP-Statuscode, verwendeter Browser einschließlich Versionsinformation, Betriebssystem des aufrufenden Endgeräts, Referrer-URL (sofern übermittelt) und Hostname des zugreifenden Endgeräts.

2. Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung dieser technischen Protokolldaten dient der Sicherstellung eines störungsfreien Betriebs der Website, der Erkennung, Analyse und Abwehr von Angriffen, Missbrauch und Sicherheitsvorfällen sowie der technischen Fehleranalyse und Systemwartung. Eine Zusammenführung dieser Daten mit anderen Datenbeständen oder eine Identifizierung einzelner Nutzer erfolgt nicht, sofern dies nicht zur Aufklärung eines konkreten Sicherheitsvorfalls erforderlich ist.

3. Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage des berechtigten Interesses der Kanzlei am sicheren und zuverlässigen Betrieb der Website gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Das berechtigte Interesse liegt in der Aufrechterhaltung der Verfügbarkeit und Integrität des Webangebots sowie im Schutz vor unbefugten Zugriffen und Cyberangriffen.

4. Speicherdauer

Logfiles werden grundsätzlich für einen Zeitraum von bis zu 14 Tagen gespeichert und sodann automatisiert gelöscht, sofern keine sicherheitstechnisch oder strafrechtlich relevanten Vorfälle eine längere Aufbewahrung im Einzelfall erfordern.

II. Hosting und technische Infrastruktur

1. Beschreibung

Die Website der Kanzlei wird über die Plattform WordPress.com betrieben, die von der Automattic Inc., 60 29th Street #343, San Francisco, CA 94110, USA (nachfolgend: „Automattic“) bereitgestellt wird. Automattic verarbeitet im Rahmen des Betriebs der Website technische Daten, die beim Aufruf der Website anfallen, einschließlich IP-Adressen und Verbindungsdaten. Die Kanzlei hat mit Automattic einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO geschlossen. Da Automattic seinen Sitz in den USA hat, kann die Verarbeitung Daten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums umfassen; hinsichtlich der damit verbundenen Drittstaatenentransfers wird auf Abschnitt G dieser Datenschutzerklärung verwiesen.

Die technische Infrastruktur der Kanzlei umfasst darüber hinaus, ohne hierauf beschränkt zu sein, E-Mail-Server und Kommunikationssysteme, Systeme zur Workflow-Automatisierung und Dokumentenanalyse, Sicherheitssysteme und -dienste sowie Backup-Systeme und Notfallinfrastrukturen.

2. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse an einer funktionsfähigen und sicheren IT-Infrastruktur) sowie, soweit mandatsbezogene Verarbeitungsvorgänge betroffen sind, Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (Vertragserfüllung) und Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO (rechtliche Verpflichtungen).

III. SSL-/TLS-Verschlüsselung

Die Website nutzt zur Sicherung der Datenübertragung eine Verschlüsselung nach dem aktuellen Stand der Technik (TLS 1.2 / TLS 1.3). Die Datenübertragung zwischen dem Browser des Nutzers und dem Webserver der Kanzlei ist vollständig verschlüsselt. Die Aktivierung der Verschlüsselung ist an dem Schlosssymbol in der Adresszeile des Browsers erkennbar. Eine unverschlüsselte Übertragung sensibler Daten ist technisch ausgeschlossen.

IV. Kontaktformular

1. Beschreibung

Auf der Website steht ein Kontaktformular zur Verfügung, über das Interessenten und Mandanten eine Kontaktaufnahme mit der Kanzlei vornehmen können. Das Kontaktformular wird mit dem WordPress-Plugin WPForms bereitgestellt, das von der Awesome Motive Inc., 1 Rockefeller Plaza, 10th Floor, New York, NY 10020, USA (nachfolgend: „Awesome Motive“) entwickelt und vertrieben wird. Bei Nutzung des Kontaktformulars werden die im Formular angegebenen Daten (insbesondere Name, Vorname, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, ggf. Betreff und Nachrichteninhalte) sowie Metadaten der Übermittlung (Datum und Uhrzeit, IP-Adresse) verarbeitet.

2. Zweck

Die im Rahmen des Kontaktformulars übermittelten Daten werden ausschließlich zur Bearbeitung der Kontaktanfrage und, soweit sich daraus ein Mandatsverhältnis entwickelt, zur Durchführung des Mandats verwendet.

3. Rechtsgrundlage

Soweit die Kontaktaufnahme der Anbahnung eines Mandatsverhältnisses dient, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (vorvertragliche Maßnahmen auf Anfrage der betroffenen Person). Im Übrigen beruht die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse an der Bearbeitung eingehender Anfragen).

4. Datenverarbeitung durch WPForms / Awesome Motive

Mit Awesome Motive besteht, soweit datenschutzrechtlich erforderlich, ein Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO. Da Awesome Motive seinen Sitz in den USA hat, ist die Übermittlung von Daten in die USA möglich. Die Kanzlei stützt etwaige Drittstaatenübermittlungen auf die von der Europäischen Kommission erlassenen Standarddatenschutzklauseln (SCCs) gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO sowie auf etwaige Zertifizierungen des Anbieters unter dem EU-U.S. Data Privacy Framework. Hinsichtlich der Drittstaatentransfers im Einzelnen wird auf Abschnitt G dieser Datenschutzerklärung verwiesen.

5. Speicherdauer

Kontaktanfragen, die nicht zu einem Mandatsverhältnis führen, werden nach abschließender Bearbeitung, spätestens nach sechs Monaten nach dem letzten Kontakt, gelöscht, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegenstehen. Im Übrigen gelten die unter Abschnitt H dargestellten differenzierten Speicherfristen.

V. Uploadbereich und Dateiübermittlung

1. Beschreibung

Die Kanzlei stellt auf ihrer Website einen gesicherten Uploadbereich zur Verfügung, über den Interessenten und Mandanten Unterlagen und Dokumente digital einreichen können. Im Rahmen der Mandatsanbahnung und Mandatsdurchführung können insbesondere folgende Dokumente übermittelt werden: Mietverträge, Nachträge und Ergänzungsvereinbarungen, Betriebskostenabrechnungen und Nebenkostenunterlagen, Schriftverkehr mit Vermieter oder Hausverwaltung, Kontoauszüge und Zahlungsnachweise, Grundrisse und Fotos der Mietwohnung, Rechtsschutzversicherungsunterlagen und Versicherungsscheine, Vollmachten, sonstige mietrechtlich relevante Unterlagen sowie Korrespondenz und sonstige Dokumente, die im Zusammenhang mit dem mitgeteilten Sachverhalt stehen.

Bei der Nutzung des Uploadbereichs werden neben den hochgeladenen Dokumenten auch Metadaten der Übermittlung verarbeitet, insbesondere IP-Adresse, Datum und Uhrzeit des Uploads, Dateiname, Dateigröße, Dateityp sowie Browser- und Geräteinformationen.

Die über den Uploadbereich eingereichten Dokumente können personenbezogene Daten besonderer Kategorien im Sinne des Art. 9 DSGVO enthalten, insbesondere Daten zu finanziellen Verhältnissen, Gesundheitsdaten oder sonstige sensible Informationen. Die Kanzlei weist ausdrücklich darauf hin, dass die Übermittlung solcher Dokumente auf Initiative und in Verantwortung des Einreichenden erfolgt. Die Kanzlei verarbeitet diese Daten ausschließlich im Rahmen der anwaltlichen Tätigkeit.

2. Zweck

Die übermittelten Daten und Dokumente werden ausschließlich verarbeitet zum Zweck der Vorbereitung und Durchführung der kostenlosen anwaltlichen Ersteinschätzung, der Prüfung und

Durchsetzung mietrechtlicher Ansprüche, der Mandatsanbahnung und Mandatsabwicklung, der Korrespondenz mit Gegenseiten, Rechtsschutzversicherungen und Gerichten sowie zur Erfüllung gesetzlicher und berufsrechtlicher Pflichten.

3. Technische Verarbeitung im Uploadprozess

Die hochgeladenen Dateien werden nach Eingang auf den Systemen der Kanzlei automatisiert aufbereitet. Dies umfasst die Konvertierung und Formatstandardisierung, die optische Zeichenerkennung (OCR) zur Textextraktion, die automatisierte Klassifizierung und Kategorisierung, die Extraktion relevanter Metadaten und Vertragsdaten sowie die Ablage in gesicherten, mandantenbezogenen digitalen Aktensystemen. Die automatisierte Verarbeitung erfolgt unter Einsatz von Systemen mit Methoden der künstlichen Intelligenz; auf Abschnitt C.IX. wird verwiesen.

4. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (vorvertragliche Maßnahmen auf Anfrage der betroffenen Person bzw. Vertragserfüllung nach Mandatserteilung). Soweit die Dokumente personenbezogene Daten besonderer Kategorien im Sinne des Art. 9 DSGVO enthalten, stützt die Kanzlei die Verarbeitung auf Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO (Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen) sowie ergänzend auf Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO (ausdrückliche Einwilligung), soweit diese erteilt wird.

VI. Kostenlose anwaltliche Ersteinschätzung

1. Beschreibung

Die Kanzlei bietet Interessenten eine kostenlose anwaltliche Ersteinschätzung an. Im Rahmen dieses Angebots übermitteln Interessenten Unterlagen und Angaben zu ihrem mietrechtlichen Sachverhalt, die von der Kanzlei im Rahmen einer vorläufigen und unverbindlichen Prüfung bewertet werden. Die Ersteinschätzung begründet für sich genommen kein Mandatsverhältnis.

Zur Vorbereitung der Ersteinschätzung werden die eingereichten Unterlagen automatisiert verarbeitet. Die automatisierte Verarbeitung umfasst insbesondere die Dokumentenanalyse, Texterkennung und Datenextraktion, die Klassifizierung und Strukturierung der eingereichten Dokumente, die Ermittlung potentiell relevanter Vertragsdaten (insbesondere Mietbeginn, Nettokaltmiete, Wohnfläche, Vertragsparteien, Vermieter, Hausverwaltung), die automatisierte Vorbereitung einer vorläufigen juristischen Einschätzung sowie die Generierung einer strukturierten Zusammenfassung für die anschließende anwaltliche Prüfung.

Die anwaltliche Prüfung und die Rückmeldung an den Interessenten erfolgen stets durch einen Rechtsanwalt der Kanzlei. Es werden keine automatisierten Entscheidungen getroffen, die allein auf einer automatisierten Verarbeitung beruhen und der betroffenen Person gegenüber rechtliche Wirkung entfalten oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigen (Art. 22 Abs. 1 DSGVO). Die Ersteinschätzung und sämtliche gegenüber dem Interessenten kommunizierten Inhalte werden stets durch einen Rechtsanwalt geprüft und freigegeben.

2. Zweck

Die Verarbeitung der im Rahmen der Ersteinschätzung übermittelten Daten dient ausschließlich der Erstellung der vorläufigen anwaltlichen Einschätzung sowie der Vorbereitung und Durchführung einer etwaigen Mandatsabwicklung.

3. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (vorvertragliche Maßnahmen auf Anfrage der betroffenen Person); ergänzend Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse an der Qualitätssicherung der

anwaltlichen Dienstleistungen). Hinsichtlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten gilt Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO.

VII. Mandatsverhältnis

1. Beschreibung

Nach Abschluss eines Mandatsvertrages verarbeitet die Kanzlei alle zur Mandatsdurchführung erforderlichen personenbezogenen Daten des Mandanten sowie ggf. Daten dritter beteiligter Personen. Zu den verarbeiteten Daten gehören insbesondere Identitäts- und Kontaktdaten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefon, E-Mail), Mietvertragsdaten und sämtliche mietrechtlich relevanten Informationen, Bankverbindungsdaten und Zahlungsinformationen, Informationen zur Rechtsschutzversicherung (Versicherer, Versicherungsscheinnummer, Vertragsbedingungen, Selbstbeteiligung, Deckungsstatus), Schriftverkehr mit Vermieter, Hausverwaltung, Gegenseite und deren Rechtsvertretern, sämtliche zur Mandatsdurchführung übermittelten oder erstellten Dokumente und Schriftstücke, Informationen zum Verfahrensstand sowie Honorar- und Abrechnungsdaten.

Die Kanzlei ist im Rahmen des Mandats berechtigt und verpflichtet, mit der Gegenseite, deren Vertretern, Rechtsschutzversicherungen, Gerichten, Behörden und sonstigen am Verfahren beteiligten Stellen zu kommunizieren und dabei mandatsbezogene Daten zu übermitteln, soweit dies zur Mandatsdurchführung erforderlich ist.

2. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (Vertragserfüllung), Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO (Erfüllung rechtlicher und berufsrechtlicher Verpflichtungen) sowie Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigte Interessen an der Mandatsdurchführung und Interessenvertretung). Hinsichtlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten gilt Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO.

3. Verarbeitung von Daten Dritter

Soweit im Rahmen des Mandats personenbezogene Daten Dritter (insbesondere Daten der Gegenseite, von Mitmietern, Zeugen oder Sachverständigen) verarbeitet werden, erfolgt dies ausschließlich zur Mandatsdurchführung und zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Mandanten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO sowie Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO.

VIII. Deckungsanfrage bei der Rechtsschutzversicherung

1. Beschreibung

Soweit der Mandant über eine Rechtsschutzversicherung verfügt und die Kanzlei damit beauftragt, eine Deckungsanfrage zu stellen, übermittelt die Kanzlei an den Rechtsschutzversicherer diejenigen Daten, die für die Beurteilung der Deckungspflicht erforderlich sind, insbesondere Sachverhaltsdarstellung, Rechtsgebiet, beabsichtigtes Vorgehen, ggf. voraussichtlicher Streitwert sowie Angaben zur versicherten Person und zum Versicherungsschein.

2. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO auf Basis des Mandatsvertrages und der Beauftragung durch den Mandanten. Die Kanzlei holt, sofern nicht bereits durch den Mandatsvertrag abgedeckt, eine gesonderte Einwilligung des Mandanten zur Weitergabe seiner Daten an die Rechtsschutzversicherung ein.

IX. Einsatz von Systemen der künstlichen Intelligenz und automatisierten Verarbeitungsverfahren

1. Überblick

Die Kanzlei setzt zur Unterstützung ihrer anwaltlichen Tätigkeit Systeme mit Methoden der künstlichen Intelligenz (KI) sowie weitere automatisierte Verfahren ein. Diese Systeme kommen insbesondere in folgenden Bereichen zum Einsatz: automatisierte Analyse, Klassifizierung und Kategorisierung von Dokumenten und Schriftstücken; optische Zeichenerkennung (OCR) und Texterkennung; Datenextraktion und Strukturierung von Akteninhalten; automatisierte Zusammenfassungen von Dokumenten und Sachverhalten; Vorbereitung juristischer Einschätzungen, Prüfungsnotizen und Handlungsempfehlungen zur anwaltlichen Prüfung; Entwurf von Schriftstücken, Schreiben, Auskunftsschreiben, Deckungsanfragen und sonstigen Dokumenten zur anwaltlichen Prüfung und Freigabe; automatisierte Priorisierung und Weiterleitung von Vorgängen innerhalb des Kanzleiworkflows; Recherche und Aufbereitung rechtlicher und tatsächlicher Informationen; Qualitätskontrolle und Konsistenzprüfung interner Abläufe und Dokumente sowie Automatisierung interner Workflow-Prozesse und Kommunikationsabläufe.

2. KI-Assistent-Plattform: Logicc GmbH

Für die Bereitstellung der KI-gestützten Verarbeitungsfunktionen setzt die Kanzlei die Plattform der Logicc GmbH, Hamburg, Deutschland (nachfolgend: „Logicc“), ein.

Mit der Logicc GmbH bestehen ein Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO sowie eine gesonderte Verschwiegenheitsvereinbarung. Mit letzterer hat sich die Logicc GmbH unter ausdrücklichem Hinweis auf die strafrechtlichen Folgen einer Verletzung nach § 203 Abs. 4 StGB zur Einhaltung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht gemäß § 203 StGB und § 43a BRAO verpflichtet und zugesichert, sämtliche mitwirkenden Personen und Unterauftragnehmer vor Zugang zu mandatsbezogenen Berufsgeheimnissen entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Die Logicc GmbH darf verarbeitete Daten ausschließlich zur Erbringung der vereinbarten Dienste für die Kanzlei verwenden; eine Nutzung für eigene Zwecke, insbesondere zum Training von KI-Modellen, ist vertraglich ausgeschlossen.

Zur technischen Bereitstellung ihrer Plattform setzt die Logicc GmbH die im Auftragsverarbeitungsvertrag benannten und von der Kanzlei genehmigten Unterauftragnehmer ein, insbesondere Anbieter von Cloud-Infrastruktur und KI-Sprachmodellen. Die weit überwiegende Anzahl dieser Unterauftragnehmer verarbeitet Daten ausschließlich innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums, unter anderem Microsoft Ireland Operations Limited, Hetzner Online GmbH, IONOS SE, Google Ireland Limited, Amazon Web Services EMEA SARL, Mistral AI SAS, Stripe Payments Europe Limited, OpenAI Ireland Ltd. und Nebius B.V. Für die in den USA ansässigen Unterauftragnehmer Cloudflare Inc., Clerk, Inc. sowie AlphaAI Technologies Inc. (dba Tavily) hat die Logicc GmbH geeignete Garantien im Sinne der Art. 44 ff. DSGVO vereinbart, insbesondere Standarddatenschutzklauseln gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO sowie, im Fall von Clerk, Inc., ergänzend den Angemessenheitsbeschluss im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Frameworks. Eine vollständige Übersicht der eingesetzten Unterauftragnehmer und der jeweiligen Übermittlungsgarantien enthält Abschnitt G.IV dieser Datenschutzerklärung.

Da die Logicc GmbH ihren Sitz in Hamburg, Deutschland hat, ist die Verarbeitung der Kanzleidata auf der Logicc-Plattform ganz überwiegend innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums angesiedelt; lediglich in den vorgenannten, vertraglich abgesicherten Ausnahmefällen erfolgt eine Verarbeitung in den USA.

3. Keine vollständig automatisierten Einzelentscheidungen

Die Kanzlei trifft gegenüber Mandanten oder Interessenten keine Entscheidungen, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung einschließlich Profiling beruhen und die betreffende Person rechtlich erheblich beeinflussen oder in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigen (Art. 22 Abs. 1 DSGVO). Sämtliche durch KI-Systeme erarbeitete Analysen, Einschätzungen, Entwürfe und Handlungsempfehlungen werden durch einen Rechtsanwalt der Kanzlei inhaltlich geprüft, bewertet und verantwortet, bevor sie nach außen kommuniziert werden oder mandatsrelevante Entscheidungen auf ihrer Grundlage getroffen werden. Die Letztverantwortung für alle anwaltlichen Handlungen verbleibt stets beim zuständigen Rechtsanwalt.

4. Weiterentwicklung des KI-Einsatzes

Die Kanzlei behält sich vor, die eingesetzten KI-Systeme und Automatisierungsverfahren im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen kontinuierlich weiterzuentwickeln, anzupassen und zu erweitern. Neue Systeme oder wesentliche Änderungen, die geänderte oder neue Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten mit sich bringen, werden datenschutzrechtlich bewertet; soweit erforderlich, wird diese Datenschutzerklärung entsprechend aktualisiert und eine Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Art. 35 DSGVO durchgeführt.

5. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (Vertragserfüllung und vorvertragliche Maßnahmen), Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO (rechtliche Verpflichtung) und Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigzte Interessen der Kanzlei an einer effizienten, qualitativ hochwertigen und wettbewerbsfähigen Mandatsbearbeitung).

X. Cloud-Nutzung und digitale Infrastruktur

1. Beschreibung

Die Kanzlei speichert und verarbeitet mandatsbezogene und sonstige betriebliche Daten in Cloud-basierten Systemen. Zu den eingesetzten Cloud-Diensten gehören insbesondere die WordPress.com-Plattform (Automattic Inc.) für den Websitebetrieb und die Logicc-Plattform (Logicc GmbH) für die KI-gestützte Aktenbearbeitung

Sämtliche für die Verarbeitung personenbezogener Daten eingesetzten Cloud-Dienste werden auf Basis von Auftragsverarbeitungsverträgen gemäß Art. 28 DSGVO betrieben. Die Kanzlei schließt keine Vereinbarungen mit Cloud-Anbietern ab, die eine Nutzung mandatsbezogener Daten für eigene Zwecke des Anbieters erlauben würden.

2. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. f DSGVO; für mandatsbezogene Verarbeitungen ergänzend Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

XI. E-Mail-Kommunikation

1. Beschreibung

Die Kanzlei kommuniziert mit Interessenten, Mandanten, Gegenseiten, Versicherern, Gerichten, Behörden und sonstigen Beteiligten auch per E-Mail. Bei der E-Mail-Kommunikation werden insbesondere Name, E-Mail-Adresse sowie der Inhalt der E-Mail einschließlich etwaiger Anhänge verarbeitet. Metadaten der E-Mail-Kommunikation (Zeitstempel, Header-Informationen) werden ebenfalls gespeichert (Microsoft 365/Exchange). Firmensitz des Anbieters, etwaiger Drittstaaten transfer und die eingesetzten Garantien (insbesondere SCCs) sind hier zu benennen. Mit dem Anbieter ist ein Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO abzuschließen, sofern noch nicht geschehen.]

Die Kanzlei weist ausdrücklich darauf hin, dass unverschlüsselte E-Mail-Kommunikation grundsätzlich Sicherheitsrisiken birgt. Soweit ein erhöhter Schutzbedarf besteht oder mandantenseitig gewünscht wird, setzt die Kanzlei auf verschlüsselte Kommunikationswege. Interessenten und Mandanten können eine Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikation auf Anfrage vereinbaren.

2. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. f DSGVO; im Mandatsverhältnis ergänzend Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

XII. Telefonische Kommunikation

Bei telefonischen Kontaktaufnahmen werden Name, Telefonnummer des Anrufenden sowie der Inhalt des Gesprächs verarbeitet. Telefongespräche werden nicht aufgezeichnet, es sei denn, alle beteiligten Gesprächsparteien haben ausdrücklich eingewilligt (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Gesprächsnotizen und Aktenvermerke über den Inhalt telefonischer Kommunikation werden entsprechend den allgemeinen mandatsbezogenen Speicherfristen aufbewahrt. Im Übrigen gilt Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. f DSGVO.

XIII. Newsletter und E-Mail-Informationsdienste

Soweit die Kanzlei einen Newsletter oder vergleichbare E-Mail-Informationsdienste anbietet, erfolgt die Zusendung ausschließlich auf Grundlage einer ausdrücklichen, freiwilligen und informierten Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO. Die Einwilligung wird mittels eines Double-Opt-in-Verfahrens eingeholt; der Zeitpunkt und die Art der Einwilligung werden protokolliert und zu Nachweiszwecken gespeichert. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, ohne dass die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung berührt wird.

XIV. Cookies und vergleichbare Technologien

1. Allgemeines

Die Website der Kanzlei kann Cookies und vergleichbare Technologien (wie Local Storage, Session Storage oder Web Beacons) einsetzen. Cookies sind kleine Textdateien, die vom Webserver an den Browser des Nutzers übermittelt und von diesem auf dem Endgerät gespeichert werden.

2. Technisch notwendige Cookies

Technisch notwendige Cookies sind solche, ohne die die Website nicht oder nicht vollständig funktionsfähig ist. Sie dienen der Sicherstellung der grundlegenden Funktionalität, der Aufrechterhaltung von Sitzungen sowie der Gewährleistung der Sicherheit des Webangebots. Die Verarbeitung dieser Cookies erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigte Interessen am Betrieb der Website) und bedarf keiner gesonderten Einwilligung, sofern sie technisch zwingend notwendig sind.

3. Nicht notwendige Cookies und Einwilligungserfordernis

Cookies und Tracking-Technologien, die nicht technisch notwendig sind, werden ausschließlich auf Grundlage einer vorherigen, freiwilligen und informierten Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO gesetzt. Die Einwilligung wird beim ersten Besuch der Website über ein Consent-Management-Tool eingeholt und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

4. Cookie-Verwaltung

Der Nutzer kann seine Einwilligung über die Einstellungen des Consent-Management-Tools anpassen oder widerrufen. Zusätzlich können Cookies über die Browsereinstellungen verwaltet,

eingeschränkt oder gelöscht werden. Die Deaktivierung technisch notwendiger Cookies kann die Nutzbarkeit der Website beeinträchtigen.

XV. Google Fonts (lokal eingebunden)

Die Website verwendet Google Fonts zur Darstellung von Schriften. Die Kanzlei bindet Google Fonts ausschließlich lokal, d.h. von den eigenen Webservern, ein. Es findet keine Verbindung zu den Servern von Google LLC statt; IP-Adressen oder sonstige Nutzerdaten werden im Zusammenhang mit der Schriftendarstellung nicht an Google übermittelt.

XVI. Analyse-Tools und Webtracking

1. Google Analytics

Die Kanzlei setzt Google Analytics ein, einen Webanalysedienst der Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland (nachfolgend: „Google“). In der eingesetzten Version Google Analytics 4 (GA4) ermöglicht das Tool die statistische Auswertung des Nutzerverhaltens auf der Website, insbesondere die Analyse von Seitenaufrufen, Verweildauer, Absprungrate, geographischer Herkunft, verwendeten Endgeräten und sonstigen Nutzungsmustern. Die gewonnenen Informationen dienen der kanzleiseitigen Auswertung der Website-Performance, der Identifikation von Optimierungspotenzial sowie der zielgerichteten Weiterentwicklung des Webangebots.

Zur Auswertung setzt Google Analytics Cookies ein, die eine Wiedererkennung und Zuordnung von Websitebesuchen ermöglichen. Die durch das Cookie erzeugten Informationen über die Nutzung der Website werden an einen Server von Google übertragen und dort gespeichert. Die Kanzlei hat die IP-Anonymisierungsfunktion aktiviert, so dass IP-Adressen innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vor der Übertragung gekürzt werden.

Mit Google besteht ein Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO. Da die Google LLC ihren Sitz in den USA hat, ist eine Übermittlung von Daten in die USA möglich. Die Kanzlei stützt diese Übermittlung auf den Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Frameworks gemäß Art. 45 DSGVO, unter dem die Google LLC zertifiziert ist, sowie ergänzend auf die Standarddatenschutzklauseln der Europäischen Kommission gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO.

Der Einsatz von Google Analytics erfolgt ausschließlich auf Grundlage der vorherigen, freiwilligen und informierten Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO. Die Einwilligung wird beim ersten Besuch der Website über das Consent-Management-Tool eingeholt und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, ohne dass die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung berührt wird. Eine zusätzliche Möglichkeit zur Deaktivierung von Google Analytics besteht durch Installation des kostenlosen Browser-Add-ons unter <https://tools.google.com/dlpage/gaoptout>.

Weitere Informationen zum Datenschutz bei Google sind abrufbar unter <https://policies.google.com/privacy>.

2. Google Search Console

Die Kanzlei nutzt die Google Search Console, ein Analyse- und Monitoring-Werkzeug der Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland. Die Google Search Console stellt der Kanzlei aggregierte Daten zur Auffindbarkeit und Sichtbarkeit der Website in der Google-Suchmaschine zur Verfügung, insbesondere zu Suchanfragen, die zur Website führen, zu Klickraten, durchschnittlichen Positionen in den Suchergebnissen sowie zu technischen Aspekten der Indexierung durch Google. Sie dient damit der Optimierung der organischen Reichweite des Webangebots sowie der Sicherstellung einer fehlerfreien Indexierung.

Die Verarbeitung im Rahmen der Google Search Console erfolgt auf Grundlage des berechtigten Interesses der Kanzlei an der Pflege, Optimierung und Auffindbarkeit ihres Webangebots sowie an der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen technischen Suchmaschinenindexierung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Da die Google LLC ihren Sitz in den USA hat, ist eine Verarbeitung von Daten in den USA möglich; die Kanzlei stützt diese Übermittlung auf den Angemessenheitsbeschluss im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Frameworks sowie ergänzend auf die Standarddatenschutzklauseln der Europäischen Kommission gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO.

Weitere Informationen zum Datenschutz bei Google sind abrufbar unter <https://policies.google.com/privacy>.

XVII. Spam-Schutz und CAPTCHA

Zur Verhinderung von automatisiertem Missbrauch des Kontaktformulars und des Uploadbereichs setzt die Kanzlei die integrierte Custom-CAPTCHA-Funktion des WordPress-Plugins WPForms ein. Dabei werden den Nutzern beim Absenden des Formulars automatisch generierte Prüfaufgaben (mathematische Aufgaben oder Wortabfragen) gestellt, die von automatisierten Programmen nicht ohne Weiteres gelöst werden können.

Die Custom-CAPTCHA-Funktion wird vollständig serverseitig auf der eigenen Websiteinfrastruktur der Kanzlei verarbeitet. Es werden keine Nutzerdaten an externe Drittanbieter übermittelt; insbesondere findet keine Datenübertragung an externe CAPTCHA-Dienste statt. Eine Drittstaatenübermittlung im Zusammenhang mit dieser Funktion erfolgt nicht.

Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage des berechtigten Interesses der Kanzlei an der Abwehr von Missbrauch, Spam und automatisierten Angriffen auf das Webangebot gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Eine gesonderte Einwilligung ist nicht erforderlich.

XVIII. Externe Links und eingebundene externe Inhalte

1. Externe Links

Die Website kann Hyperlinks zu Websites Dritter enthalten. Die Kanzlei hat keinen Einfluss auf den Inhalt und die Datenschutzpraktiken externer Seiten. Mit dem Klick auf einen externen Link verlässt der Nutzer das Webangebot der Kanzlei; die Datenverarbeitung liegt sodann in der alleinigen Verantwortung des Betreibers der verlinkten Seite.

2. Einbindung externer Inhalte

Soweit die Website externe Inhalte einbindet, die eine Übermittlung von Nutzerdaten an externe Anbieter bewirken, erfolgt dies grundsätzlich erst nach vorheriger Einwilligung der betroffenen Person (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO) oder im Wege einer Zwei-Klick-Lösung. Soweit möglich, werden externe Inhalte lokal gehostet.

3. Eigene Profile auf Social-Media- und Bewertungsplattformen

Die Kanzlei unterhält eigene Profile auf den nachfolgend genannten Plattformen. Die auf der Website platzierten Icons oder Links zu diesen Plattformen werden als einfache statische Links ohne direkte technische Einbettung der jeweiligen Netzwerke implementiert, um eine ungewollte Datenübermittlung beim bloßen Laden der Seite zu vermeiden. Erst durch aktives Anklicken des jeweiligen Links verlässt der Nutzer das Webangebot der Kanzlei; für die sodann stattfindende Datenverarbeitung gilt die Datenschutzerklärung des jeweiligen Plattformbetreibers.

a. LinkedIn

Die Kanzlei betreibt ein Unternehmensprofil auf LinkedIn. Verantwortlicher für den Betrieb der Plattform gegenüber Nutzern im Europäischen Wirtschaftsraum ist die LinkedIn Ireland Unlimited

Company, Wilton Place, Dublin 2, Irland; Mutterunternehmen ist die LinkedIn Corporation, 1000 W. Maude Avenue, Sunnyvale, CA 94085, USA (Microsoft-Konzern).

Beim Besuch des Kanzleiprofils auf LinkedIn werden durch LinkedIn personenbezogene Daten der Profilbesucher verarbeitet, insbesondere im Rahmen sogenannter Page Insights, d.h. aggregierter Statistiken über das Nutzerverhalten auf der Unternehmensseite. Für diese Verarbeitungsvorgänge besteht zwischen der Kanzlei und LinkedIn Ireland eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO. LinkedIn stellt hierfür ein „Page Insights Joint Controller Addendum“ bereit, das durch die Nutzung der Unternehmensseite als verbindlich akzeptiert wird. Das Wesentliche dieser Vereinbarung ist abrufbar unter: <https://legal.linkedin.com/pages-joint-controller-addendum>.

Die Kanzlei nutzt das LinkedIn-Profil zur Außendarstellung, zur Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Pflege beruflicher Kontakte. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigte Interessen der Kanzlei an beruflicher Präsenz und Außenkommunikation). Da die LinkedIn Corporation ihren Sitz in den USA hat, ist eine Datenübermittlung in die USA möglich. Die Kanzlei stützt diese auf den Angemessenheitsbeschluss im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Frameworks sowie auf die von LinkedIn eingesetzten Standarddatenschutzklauseln der Europäischen Kommission gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO. Die Datenschutzerklärung von LinkedIn ist abrufbar unter: <https://www.linkedin.com/legal/privacy-policy>.

b. Instagram

Die Kanzlei betreibt ein Unternehmensprofil auf Instagram. Verantwortlicher für den Betrieb der Plattform im Europäischen Wirtschaftsraum ist die Meta Platforms Ireland Limited, 4 Grand Canal Square, Grand Canal Harbour, Dublin 2, Irland; Mutterunternehmen ist die Meta Platforms, Inc., 1 Hacker Way, Menlo Park, CA 94025, USA.

Beim Besuch des Kanzleiprofils auf Instagram werden durch Meta personenbezogene Daten der Profilbesucher verarbeitet, unter anderem mittels sogenannter Insights-Statistiken sowie durch plattformseitige Datenverarbeitungen für Werbe- und Analysezwecke. Analog zur gefestigten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur gemeinsamen Verantwortlichkeit bei Facebook-Fanpages ist davon auszugehen, dass zwischen der Kanzlei als Profilbetreiberin und Meta Platforms Ireland Limited eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO besteht. Meta stellt hierfür entsprechende Nutzungsbedingungen und ergänzende Bedingungen für die Seiten-Insights bereit.

Die Kanzlei nutzt das Instagram-Profil zur Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Da die Meta Platforms, Inc. ihren Sitz in den USA hat, ist eine Datenübermittlung in die USA möglich; die Kanzlei stützt diese auf den Angemessenheitsbeschluss im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Frameworks sowie auf die von Meta eingesetzten Standarddatenschutzklauseln gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO. Die Datenschutzerklärung von Meta/Instagram ist abrufbar unter: <https://privacycenter.instagram.com/policy>.

XIX. Bewerbungsverfahren

Soweit Bewerbungen an die Kanzlei gerichtet werden, verarbeitet die Kanzlei die übermittelten personenbezogenen Daten (insbesondere Name, Kontaktdaten, Lebenslauf, Zeugnisse, Anschreiben) ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Bewerbungsverfahrens. Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO i.V.m. § 26 BDSG. Bei Nichtberücksichtigung der Bewerbung werden die Unterlagen nach Abschluss des Verfahrens, in der Regel nach drei bis sechs Monaten, gelöscht, sofern keine Einwilligung zur längeren Aufbewahrung vorliegt.

D. Empfänger und Empfängerkategorien

I. Grundsatz der Weitergabebeschränkung

Personenbezogene Daten werden kanzleiintern nur an die Personen weitergegeben, die zur Bearbeitung des jeweiligen Vorgangs auf Grundlage ihrer Aufgabe berechtigt sind (Need-to-know-Prinzip). Eine darüber hinausgehende interne Weitergabe erfolgt nicht.

II. Externe Empfänger

Im Rahmen der Mandatstätigkeit können personenbezogene Daten an folgende externe Empfänger oder Empfängerkategorien übermittelt werden:

Gegenseite, deren Rechtsvertreter und beteiligte Dritte: im Rahmen der anwaltlichen Interessenvertretung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b und f DSGVO sowie Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO.

Rechtsschutzversicherungen: im Rahmen der Deckungsanfrage und Mandatsdurchführung auf Basis der Beauftragung durch den Mandanten (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO).

Gerichte, Behörden und sonstige öffentliche Stellen: soweit dies zur Rechtsverfolgung oder zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 lit. c und f DSGVO sowie Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO).

Auftragsverarbeiter, insbesondere Automattic Inc./WordPress.com (Webhosting), Awesome Motive Inc./WPForms (Kontaktformular) und Logicc GmbH, Hamburg (KI-Assistent-Plattform) sowie [ggf. weitere Auftragsverarbeiter ergänzen, insbesondere E-Mail-Dienstleister, Backup-Anbieter, Sicherheitssoftwareanbieter]: ausschließlich im Rahmen bestehender Auftragsverarbeitungsverträge gemäß Art. 28 DSGVO; diese Empfänger sind auf die zweckgebundene Verarbeitung beschränkt und zur Vertraulichkeit verpflichtet.

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer: soweit dies zur Erfüllung steuerrechtlicher oder handelsrechtlicher Pflichten erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO).

Sonstige Berater, Sachverständige und Gutachter: soweit der Mandant deren Einschaltung beauftragt oder dem zustimmt.

E. Auftragsverarbeitung

I. Allgemeines

Die Kanzlei setzt externe Dienstleister ein, die personenbezogene Daten im Auftrag der Kanzlei verarbeiten. Mit diesen Dienstleistern schließt die Kanzlei Auftragsverarbeitungsverträge gemäß Art. 28 DSGVO ab, in denen insbesondere geregelt werden: Gegenstand, Dauer, Art und Zweck der Verarbeitung; Art der personenbezogenen Daten und Kategorien betroffener Personen; Weisungsgebundenheit des Auftragsverarbeiters; Vertraulichkeitspflichten der eingesetzten Personen; technische und organisatorische Maßnahmen; Einsatz von Unterauftragnehmern nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Verantwortlichen; Unterstützung bei der Wahrung der Betroffenenrechte; Rückgabe oder Löschung der Daten nach Auftragsende; Unterstützung bei Datenschutz-Folgenabschätzungen; sowie Nachweispflichten und Auditrechte.

II. Berufsrechtliche Anforderungen

Auftragsverarbeiter, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Zugang zu mandatsbezogenen Daten erhalten können, werden über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus ausdrücklich auf die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht nach § 43a BRAO sowie auf § 203 StGB hingewiesen und zur entsprechenden Geheimhaltung verpflichtet. Die Kanzlei stellt durch vertragliche, technische und organisatorische Maßnahmen sicher, dass eine unzulässige Offenbarung von Mandantengeheimnissen durch Auftragsverarbeiter ausgeschlossen ist.

F. Gemeinsame Verantwortlichkeit

Soweit die Kanzlei in Bezug auf bestimmte Verarbeitungsvorgänge gemeinsam mit anderen Verantwortlichen im Sinne des Art. 26 DSGVO handelt, wird dies gesondert kommuniziert und die wesentlichen Punkte der Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit werden den betroffenen Personen in geeigneter Form zugänglich gemacht.

G. Drittstaatentransfers

I. Grundsatz

Die Kanzlei überträgt personenbezogene Daten grundsätzlich nicht an Empfänger in Drittstaaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Soweit im Rahmen des Einsatzes eingesetzter Dienstleister – insbesondere Automatic Inc./WordPress.com und Awesome Motive Inc./WPForms – eine Datenübermittlung in die USA oder andere Drittstaaten erfolgt oder nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, stellt die Kanzlei sicher, dass ein angemessenes Schutzniveau für die übermittelten Daten gewährleistet ist.

II. Automatic Inc. (WordPress.com) – Webhosting

Automatic Inc. mit Sitz in San Francisco, CA, USA, ist Betreiber der WordPress.com-Plattform, auf der die Website der Kanzlei betrieben wird. Da Automatic seinen Sitz in den USA hat, kann die Verarbeitung Daten in den USA umfassen. Die Kanzlei stützt diese Übermittlung auf die Standarddatenschutzklauseln der Europäischen Kommission gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO sowie, soweit Automatic im EU-U.S. Data Privacy Framework zertifiziert ist, auf den entsprechenden Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission gemäß Art. 45 DSGVO.

III. Awesome Motive Inc. (WPForms) – Kontaktformular

Awesome Motive Inc. mit Sitz in New York, NY, USA, ist Anbieter des Kontaktformular-Plugins WPForms. Etwaige Drittstaatentransfers stützt die Kanzlei auf die Standarddatenschutzklauseln der Europäischen Kommission gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO sowie, soweit anwendbar, auf den Angemessenheitsbeschluss im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Framework.

IV. Logicc GmbH – KI-Assistent-Plattform

Die Logicc GmbH hat ihren Sitz in Hamburg, Deutschland, und ist damit innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ansässig. Mit der Logicc GmbH bestehen ein Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO sowie eine gesonderte Verschwiegenheitsvereinbarung, mit welcher sich die Logicc GmbH ausdrücklich und unter Hinweis auf die strafrechtlichen Folgen einer Verletzung nach § 203 Abs. 4 StGB zur Wahrung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht gemäß § 203 StGB und § 43a BRAO verpflichtet hat. Die Logicc GmbH hat sich darin ferner verpflichtet, sämtliche mitwirkenden Personen und Unterauftragnehmer vor Zugang zu mandatsbezogenen Berufsgeheimnissen entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

Zur technischen Bereitstellung ihrer Plattform setzt die Logicc GmbH die im Auftragsverarbeitungsvertrag benannten und von der Kanzlei genehmigten Unterauftragnehmer ein. Die weit überwiegende Anzahl dieser Unterauftragnehmer verarbeitet Daten ausschließlich innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums:

Unterauftragnehmer	Sitz	Aufgabe	Verarbeitungsort
Microsoft Ireland Operations Limited	Dublin, Irland	Cloud-Infrastruktur und KI-Sprachmodelle (Azure OpenAI Service)	Schweden
Hetzner Online GmbH	Gunzenhausen, Deutschland	Cloud-Infrastruktur / Hosting der Plattform	Deutschland
IONOS SE	Montabaur, Deutschland	Cloud-Infrastruktur	Deutschland
Google Ireland Limited	Dublin, Irland	Cloud-Infrastruktur	EU
Amazon Web Services EMEA	Luxemburg	Cloud-Infrastruktur	EU

Unterauftragnehmer	Sitz	Aufgabe	Verarbeitungsort
SARL			
Mistral AI SAS	Paris, Frankreich	Cloud-Infrastruktur / KI-Sprachmodelle	EU
Stripe Payments Europe, Limited	Dublin, Irland	Zahlungsabwicklung	EU
OpenAI Ireland Ltd.	Dublin, Irland	Cloud-Infrastruktur / KI-Sprachmodelle	EU
Nebius B.V.	Schiphol, Niederlande	Cloud-Infrastruktur / KI-Sprachmodelle	EU

Für folgende Unterauftragnehmer mit Sitz in den USA erfolgt eine Datenverarbeitung außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums; die Logicc GmbH hat hierfür im Auftragsverarbeitungsvertrag die nachstehenden Garantien gemäß Art. 44 ff. DSGVO dokumentiert:

Unterauftragnehmer	Sitz	Aufgabe	Garantie nach Art. 44 ff. DSGVO
Cloudflare Inc.	San Francisco, USA	DDoS-Schutz, Web Application Firewall, Content Delivery Network	Standarddatenschutzklauseln (SCC) gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO sowie ergänzende Schutzmaßnahmen
Clerk, Inc.	San Francisco, USA	Authentifizierung und Autorisierung von Plattformnutzern	EU-U.S. Data Privacy Framework, hilfsweise Standarddatenschutzklauseln (SCC)
AlphaAI Technologies Inc. (dba Tavily)	New York, USA	Web-Suchfunktion zur Anreicherung von KI-Antworten mit aktuellen Informationen	Standarddatenschutzklauseln (SCC) gemäß Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO sowie ergänzende Schutzmaßnahmen

Die Logicc GmbH informiert die Kanzlei vertragsgemäß über beabsichtigte Änderungen an der Liste der Unterauftragnehmer, einschließlich der Aufnahme oder des Austauschs eines Unterauftragnehmers. Der Kanzlei steht insoweit ein Widerspruchsrecht innerhalb der vertraglich vereinbarten Frist zu.

V. Sonstige geeignete Garantien

Als geeignete Garantien für sämtliche Drittstaatentransfers kommen insbesondere in Betracht: Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission nach Art. 45 DSGVO, insbesondere im Rahmen des EU-U.S. Data Privacy Framework für zertifizierte US-Unternehmen; Standarddatenschutzklauseln der Europäischen Kommission nach Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO in der jeweils geltenden Fassung, ggf. ergänzt durch technische Zusatzmaßnahmen im Rahmen eines Transfer Impact Assessments; verbindliche interne Datenschutzvorschriften (Binding Corporate Rules) nach Art. 47 DSGVO; sowie Einwilligung der betroffenen Person nach Art. 49 Abs. 1 lit. a DSGVO oder Notwendigkeit zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen nach Art. 49 Abs. 1 lit. e DSGVO, jeweils soweit im Einzelfall anwendbar.

H. Speicherfristen und Löschung

I. Grundsatz

Personenbezogene Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für den jeweiligen Verarbeitungszweck erforderlich ist. Nach Wegfall des Zwecks werden Daten gelöscht oder anonymisiert, sofern keine gesetzlichen, vertraglichen oder berufsrechtlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

II. Differenzierte Speicherfristen

Serverlogs und technische Protokolldaten der Website werden nach in der Regel 7 bis 14 Tagen automatisiert gelöscht, soweit keine sicherheitsrelevanten Ereignisse eine längere Aufbewahrung erfordern.

Kontaktanfragen ohne anschließende Mandatserteilung werden nach abschließender Bearbeitung, spätestens nach sechs Monaten nach dem letzten Kontakt, gelöscht, sofern kein berechtigtes Interesse an längerer Aufbewahrung besteht.

Unterlagen der kostenlosen Ersteinschätzung ohne anschließende Mandatserteilung werden nach Abschluss der Ersteinschätzung und Mitteilung an den Interessenten gelöscht, spätestens nach Ablauf von drei Monaten nach dem letzten Kontakt.

Mandatsbezogene Unterlagen und Akten werden nach Beendigung des Mandatsverhältnisses für die Dauer von grundsätzlich fünf Jahren aufbewahrt. In Einzelfällen können sich längere Aufbewahrungspflichten oder -berechtigungen aus gesetzlichen Vorschriften, insbesondere laufenden Verjährungsfristen, oder berufsrechtlichen Anforderungen ergeben. Die Kanzlei orientiert sich an den Empfehlungen der Bundesrechtsanwaltskammer sowie an den einschlägigen zivilrechtlichen Verjährungsvorschriften.

Handelsrechtliche Unterlagen werden gemäß § 257 Abs. 4 HGB für sechs Jahre aufbewahrt; steuerrechtlich relevante Unterlagen gemäß § 147 AO für zehn Jahre ab dem Schluss des betreffenden Kalenderjahres.

Nachweise über erteilte Einwilligungen (Consent-Management) werden für die Dauer des möglichen Widerrufszeitraums zuzüglich einer angemessenen Dokumentationsfrist aufbewahrt.

Newsletter-Adressdaten werden nach Widerruf der Einwilligung oder Abmeldung aus dem Verteiler gelöscht; der Nachweis der erteilten und widerrufenen Einwilligung wird zu Dokumentationszwecken für einen angemessenen Zeitraum gespeichert.

Bewerbungsunterlagen werden nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens in der Regel nach drei bis sechs Monaten gelöscht, soweit keine Einwilligung zur längerfristigen Aufbewahrung für künftige Stellen vorliegt.

I. Datensicherheit – Technische und organisatorische Maßnahmen

I. Grundsatz

Die Kanzlei implementiert und unterhält gemäß Art. 32 DSGVO ein dem Risiko angemessenes Niveau technischer und organisatorischer Maßnahmen (TOM). Bei der Ausgestaltung der Maßnahmen berücksichtigt die Kanzlei den Stand der Technik, die Implementierungskosten, Art, Umfang und Zweck der Verarbeitung sowie Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere der Risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen.

II. Zutrittskontrolle

Unbefugten Personen wird der Zutritt zu Räumlichkeiten, in denen Datenverarbeitungsanlagen betrieben werden, durch geeignete physische Sicherungsmaßnahmen verwehrt, insbesondere durch Zugangskontrollsysteme, Schlosssicherungen, strukturierte Schlüsselverwaltung und, soweit erforderlich, elektronische Zugangskontrollen.

III. Zugangskontrolle

Unbefugte Personen werden durch technische Maßnahmen daran gehindert, IT-Systeme der Kanzlei zu nutzen. Die Kanzlei implementiert starke Passwortrichtlinien mit Mindestlänge und Komplexitätsanforderungen, Multifaktorauthentifizierung (MFA/2FA) für sämtliche kritischen Systeme und Fernzugriffe, automatische Bildschirmsperren und Sitzungsabmeldungen sowie vollständige Geräteverschlüsselung für alle verwendeten Endgeräte.

IV. Zugriffskontrolle

Berechtigte Personen erhalten ausschließlich Zugriff auf die Daten, die sie für ihre Aufgaben benötigen (Need-to-know-Prinzip, Least-Privilege-Prinzip). Die Kanzlei setzt rollenbasierte Zugriffsberechtigungssysteme (RBAC), regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung der Berechtigungen, eine Protokollierung aller Zugriffe auf mandatsbezogene Daten sowie die unverzügliche Sperrung von Berechtigungen beim Ausscheiden von Mitarbeitern ein.

V. Weitergabekontrolle

Personenbezogene Daten können bei der elektronischen Übertragung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden. Die Kanzlei setzt TLS 1.2/TLS 1.3-Verschlüsselung für sämtliche Datenübertragungen, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für besonders sensible Kommunikation sowie gesicherte und verschlüsselte Upload- und Downloadkanäle ein.

VI. Eingabekontrolle

Die Kanzlei stellt durch Protokollierungs- und Auditing-Maßnahmen sicher, dass nachvollzogen werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Verarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind. Änderungshistorien und Audit-Trails werden für kritische Systeme geführt.

VII. Auftragskontrolle

Durch Auftragsverarbeitungsverträge, vertragliche Auditrechte und regelmäßige Kontrollen stellt die Kanzlei sicher, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen der Kanzlei verarbeitet werden.

VIII. Verfügbarkeitskontrolle

Die Kanzlei trifft Maßnahmen zur Sicherung der Verfügbarkeit und zur schnellen Wiederherstellung nach Störungen oder Ausfällen. Hierzu gehören regelmäßige automatisierte und verschlüsselte Datensicherungen (Backups) nach dem 3-2-1-Prinzip, Notfallpläne und Business-Continuity-Management sowie der Einsatz redundanter Systeme bei kritischen Diensten.

IX. Trennungskontrolle

Daten, die für unterschiedliche Zwecke erhoben worden sind, werden getrennt verarbeitet und gespeichert. Mandantendaten verschiedener Mandate werden durch technische Maßnahmen voneinander getrennt gehalten. Produktiv- und Testsysteme sind voneinander getrennt.

X. Pseudonymisierung und Verschlüsselung

Soweit der Verarbeitungszweck dies zulässt, setzt die Kanzlei Pseudonymisierungsmaßnahmen ein, um das Risiko für betroffene Personen zu reduzieren. Ruhende Daten werden mit aktuellen Verschlüsselungsstandards (mindestens AES-256-Bit) gesichert. Mobile Datenträger und Endgeräte sind vollverschlüsselt; Verschlüsselungsschlüssel werden sicher und getrennt von den verschlüsselten Daten verwaltet.

XI. Sicherheitsmanagement und kontinuierliche Verbesserung

Die Kanzlei betreibt ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) und überprüft die implementierten Sicherheitsmaßnahmen regelmäßig auf Aktualität und Wirksamkeit. Bestandteile des Sicherheitsmanagements sind insbesondere regelmäßige Risikoanalysen und -bewertungen, Penetrationstests und Schwachstellenscans, Security-Awareness-Schulungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, strukturiertes Patch- und Vulnerability-Management sowie die zeitnahe Implementierung erforderlicher Sicherheitsupdates.

XII. Incident Response und Meldepflichten

Bei Sicherheitsvorfällen, die zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führen können, verfügt die Kanzlei über einen dokumentierten Incident-Response-Plan. Meldepflichtige Sicherheitsvorfälle im Sinne der Art. 33 und 34 DSGVO werden unverzüglich der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde gemeldet; soweit erforderlich, werden betroffene Personen benachrichtigt.

J. Rechte der betroffenen Personen

I. Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO)

Sie haben das Recht zu erfahren, ob und welche personenbezogenen Daten über Sie verarbeitet werden, sowie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der verarbeiteten Daten, die Empfänger oder Empfängerkategorien, die geplante Speicherdauer oder die Kriterien ihrer Festlegung, Ihre weiteren datenschutzrechtlichen Rechte sowie das Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde. Bei Drittstaatentransfers haben Sie das Recht auf Information über die eingesetzten geeigneten Garantien.

II. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie haben das Recht, die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten sowie die Vervollständigung unvollständiger Daten zu verlangen.

III. Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die in Art. 17 Abs. 1 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegen und dem keine Ausnahmen nach Art. 17 Abs. 3 DSGVO entgegenstehen, insbesondere keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, berufsrechtlichen Verpflichtungen oder die Notwendigkeit zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

IV. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Voraussetzungen des Art. 18 Abs. 1 DSGVO vorliegen, insbesondere bei Bestreitung der Richtigkeit der Daten, bei unrechtmäßiger Verarbeitung oder bei Einlegung eines Widerspruchs gegen die Verarbeitung.

V. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie der Kanzlei bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln oder übermitteln zu lassen, soweit die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mittels automatisierter Verfahren erfolgt.

VI. Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die auf Art. 6 Abs. 1 lit. e oder lit. f DSGVO beruht, Widerspruch einzulegen. Die Kanzlei verarbeitet die Daten im Falle eines Widerspruchs nicht mehr, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Soweit personenbezogene Daten zu Zwecken der Direktwerbung verarbeitet werden, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch einzulegen; die Daten werden in diesem Fall nicht mehr für Direktwerbezwecke verarbeitet.

VII. Widerrufsrecht bei Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Soweit die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung.

VIII. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Sie haben das Recht, sich bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Die zuständige Aufsichtsbehörde bestimmt sich nach dem Sitz der Kanzlei: Der

IX. Einschränkungen im anwaltlichen Kontext

Die vorstehenden Betroffenenrechte stehen unter dem Vorbehalt gesetzlicher Einschränkungen. Im Rahmen eines Mandatsverhältnisses können insbesondere das Recht auf Löschung und das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung durch berufsrechtliche Aufbewahrungspflichten, gesetzliche Aufbewahrungsfristen sowie die Notwendigkeit der Datenspeicherung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen beschränkt sein. Die Kanzlei informiert betroffene Personen über etwaige Einschränkungen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

X. Geltendmachung der Rechte

Anfragen zur Geltendmachung von Betroffenenrechten richten Sie schriftlich oder per E-Mail an die unter Abschnitt A.I. angegebene Kontaktadresse der Kanzlei. Die Kanzlei beantwortet Anfragen in der Regel innerhalb eines Monats nach Eingang. Im Einzelfall kann diese Frist auf bis zu drei Monate verlängert werden; die betroffene Person wird in diesem Fall über die Verlängerung und deren Gründe informiert. Zur Verhinderung von Missbrauch und zur Identitätssicherung kann die Kanzlei geeignete Identitätsnachweise anfordern.

K. Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Im Rahmen eines Mandatsverhältnisses ist die Bereitstellung bestimmter personenbezogener Daten gesetzlich vorgeschrieben oder für den Abschluss und die Durchführung des Mandatsvertrages notwendig. Ohne die Bereitstellung dieser Daten kann die Kanzlei das Mandat nicht übernehmen oder ordnungsgemäß durchführen. Soweit die Bereitstellung von Daten freiwillig ist, wird dies im jeweiligen Kontext gesondert mitgeteilt.

L. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Die Kanzlei trifft gegenüber Mandanten oder Interessenten keine Entscheidungen, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhen und denen gegenüber rechtliche Wirkung entfalten oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigen (Art. 22 Abs. 1 DSGVO). Sämtliche mittels automatisierter Systeme oder KI-gestützter Verfahren erarbeiteten Analysen und Entwürfe unterliegen stets einer abschließenden inhaltlichen Prüfung, Bewertung und Freigabe durch einen Rechtsanwalt der Kanzlei. Sofern die Kanzlei im Einzelfall automatisierte Entscheidungsverfahren einsetzen sollte, die den Voraussetzungen des Art. 22 Abs. 1 DSGVO unterfallen, wird die betroffene Person gesondert informiert und ihr werden die gesetzlich vorgesehenen Rechte eingeräumt.

M. Datenschutz-Folgenabschätzung

Für Verarbeitungsvorgänge, die voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen mit sich bringen, insbesondere bei umfangreicher systematischer Verarbeitung besonderer Kategorien von Daten oder beim Einsatz innovativer Technologien im großen Maßstab, führt die Kanzlei vor Beginn der Verarbeitung eine Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Art. 35 DSGVO durch. Soweit eine solche Folgenabschätzung ergibt, dass trotz getroffener Maßnahmen ein hohes Risiko verbleibt, wird die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde gemäß Art. 36 DSGVO vorab konsultiert.

N. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

Die Kanzlei führt gemäß Art. 30 DSGVO ein internes Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten. Dieses Verzeichnis ist nicht Bestandteil dieser öffentlichen Datenschutzerklärung. Es steht der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde auf Anfrage zur Verfügung.

O. Änderungen dieser Datenschutzerklärung

Die Kanzlei behält sich vor, diese Datenschutzerklärung bei Änderungen der Datenlage, der eingesetzten Technologien, der gesetzlichen Vorgaben oder der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu aktualisieren. Die jeweils aktuelle Fassung ist auf der Website der Kanzlei abrufbar. Die Kanzlei empfiehlt, die Datenschutzerklärung regelmäßig auf Aktualisierungen zu prüfen. Bei wesentlichen Änderungen, die Mandanten oder laufende Mandatsverhältnisse betreffen, wird die Kanzlei betroffene Personen auf geeignetem Wege informieren.

P. Schlussbestimmungen

Diese Datenschutzerklärung begründet keine vertraglichen Ansprüche. Sie dient ausschließlich der Information im Sinne der Art. 13 und 14 DSGVO. Soweit einzelne Bestimmungen dieser Datenschutzerklärung unwirksam oder undurchführbar sein sollten, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen.

Stand: 07/2026